

Haushaltsrede des Bürgermeisters  
Frank Hasenberg

zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2010

## I Einleitung

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir gleich zu Beginn meiner Haushaltsrede ein persönliches Wort. Ein persönliches Wort, dem sicherlich die meisten hier im Saal zustimmen können. 2009, das fast abgelaufene Jahr, war ein Wechselbad der Gefühle. Mit vielen positiven Erlebnissen. In diesem Jahr sind uns wichtige Schritte in der Stadtentwicklung gelungen. Das Einkaufszentrum wächst, die neue Brücke gedeiht, Hauptstraßensanierung und 1. Bauabschnitt der Seeplatzgestaltung sind erledigt; wir haben bei sonnigem Wetter ein fröhliches Stadtjubiläum gefeiert. Und auch die Abwicklung unseres Haushaltes verlief besser als erwartet.

Dann kam die Wirtschafts- und Finanzkrise. Für uns war sie tückischerweise zunächst sehr angenehm spürbar. Als warmer Regen im Frühjahr, mit dem Konjunkturpaket II, das uns mit 2,4 Millionen Euro ausstattete und uns in die Lage versetzte, sinnvolle Investitionen in die Infrastruktur unserer Stadt zu tätigen. Und ich denke, wir – Rat, Ausschüsse, Verwaltung und dritte Träger - haben bei der Abwicklung verantwortungsvoll und effizient zusammengearbeitet.

Auch bei den meisten Bürgerinnen und Bürgern kam die Krise als Wolf im Schafspelz daher. Konjunkturprogramme und Abwrackprämie haben einen Schirm aufgespannt, der richtig ist, aber zugleich den gefährlichen Eindruck erzeugen kann, die hierfür notwendige Finanzierung falle wie „Manna vom Himmel“.

Die Krise wird ihren Preis fordern. Die schwerste Krise seit Bestehen der Bundesrepublik ist im Haushalt der Stadt Wetter (Ruhr) angekommen. Mit einer Dynamik, die Wetter (Ruhr) so noch nicht erlebt hat.

Unsere Annahmen der Haushaltsplanung für das kommende Jahr wurden innerhalb von wenigen Wochen zur Makulatur. Steuerrückgänge in Millionenhöhe bei den zentralen kommunalen Einnahmen wie der Gewerbesteuer und Einkommenssteuer haben auch die Stadt Wetter (Ruhr) getroffen. Beide Steuern sind ein Brennglas der Krise. Zeitgleich werden wesentliche Aufwendungen in die Höhe zu schnellen. Deshalb war es klug und richtig, die Einbringung des Haushaltes zu verschieben und die aktuellen Prognosedaten des Landes abzuwarten. Allerdings hat niemand zu hoffen gewagt, dass sich die Situation der Kommunen mit den neuen Zahlen verbessern würde. Und diese Hoffnung wäre auch bitterlich enttäuscht worden. Das wissen wir jetzt.

Die September-Umfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW macht noch einmal deutlich, wie sehr die Krise die ohnehin gebeutelten Kommunen im Würgegriff hat. Weniger als 10%, nämlich nur 35 der 355 Mitgliedskommunen meldeten für 2009 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Im Regierungsbezirk Arnsberg müssen elf Kommunen jetzt mit dem Nothaushalt leben, 2012 werden es voraussichtlich 30 sein.

Die Kommunen im Großraum Ruhrgebiet haben ein Memorandum unterzeichnet, das nichts anderes ist als ein verzweifelter Hilferuf für eine neue Gemeindefinanzpolitik. Denn sie haben erkannt, dass sie ihre Finanzen selbst dann nicht sanieren können, wenn sie ihre Städte kaputt sparen. Es hat sich eine kommunale Erblast aufgetürmt, gegen die sie nicht ansparen können. Die aktuelle Wirtschaftskrise verschärft dies noch. Selbst wenn alle freiwilligen Leistungen auf Null gestrichen würden, treiben die Pflichtaufgaben das Defizit der Städte in die Höhe. Die Ruhrgebietskommunen haben erheblich konsolidiert, werden aber vor allem von den Kreditfinanzierungskosten erdrückt.

Der Landrat hat in dieser Woche mitgeteilt, dass vier Städten des Kreises bis 2013 die Überschuldung droht, vierein der Nothaushalt und nur eine Stadt wird - auch nur Dank des Rückgriffs in die Rücklage - in vier Jahren noch einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Für uns in Wetter (Ruhr) gilt immerhin, dass wir entgegen anderer Städte auf absehbare Zeit nicht in die Überschuldung rutschen.

Meine Damen und Herren, auch unabhängig von der Krise taugt die Gemeindefinanzierung nicht mehr. Und hier könnte ich die entsprechenden Absätze meiner vergangenen Haushaltsreden eins zu eins kopieren und an diese Stelle einfügen. Nachhaltig wirkende Hilfe aus Düsseldorf und Berlin kommt nicht.

Das galt und gilt gleichermaßen für Rot-Grün, Schwarz-Rot oder Schwarz-Gelb. Wenn wir alle Farben zusammenmischen, kommt dabei ein schmutziges Grau raus.

Und diese Farbe beschreibt die Tristesse in den Städten und Gemeinden ziemlich treffend. Die Kommunen mahnen das immer lauter und nachdrücklicher an, denn ihre Konsolidierungsanstrengungen werden mehr und mehr vergebens angesichts fremdverschuldeter Ausgabenexplosionen und wegbrechender Einnahmen.

Zwei Aspekte sind in dieser Debatte immerhin neu. Erstens: Die Kommunen wollen in Berlin einen Ausschuss und einen eigenen Minister. Denn ihre Interessen werden dort unzureichend vertreten. Zweitens: Der Minister der Kommunen in Düsseldorf wird jetzt selbst aus der eigenen Koalition angeschossen, weil er zu wenig tut für die Kommunen und sich dabei ungefähr so flexibel zeigt wie eine Eisenbahnschranke.

Ich fasse die aktuelle Lage zusammen: Die Bundes-, Landes- und die kommunalen Haushalte fliegen uns um die Ohren. Das gilt auch für Wetter. Bisher haben wir geklagt, das Wasser stünde uns bis zum Hals. Jetzt werden wir aller Wahrscheinlichkeit nach ab Januar nur noch durch das dünne Röhrchen eines Nothaushaltes atmen können.

Denn gegenüber 2009 sinken die Erträge für 2010 um 2,1 Mio. €.

Die Aufwendungen haben wir um 1,6 Mio. € nach unten drücken können, das Gesamtdefizit steigt dennoch von -9,5 Mio. € auf -10,04 Mio. €. Ohne die krisenbedingten Ausfälle stünden wir jetzt nicht vor einem möglichen Nothaushalt, ohne die Mindereinnahmen wäre unser Haushalt genehmigungsfähig.

Meine Damen und Herren,  
ich möchte nun wesentliche Eckdaten des Haushaltes benennen:

## II

### Der Haushalt 2010

Im **Ergebnishaushalt** weist der Entwurf Erträge in Höhe von 42 Mio. € aus; ihnen stehen Aufwendungen in Höhe von 52,1 Mio. € gegenüber.

In den **Finanzhaushalt** hat der Kämmerer Einzahlungen in Höhe von 51,1 Mio. € und Auszahlungen in Höhe von 59,2 Mio. € eingestellt.

#### Erträge

Ein Blick auf die wesentlichen Steuereinnahmen verrät schnell, dass die Stadt Wetter (Ruhr) auf der Ertragsseite vor einem überaus schwierigen Haushaltsjahr steht. Insgesamt erwarte ich im Jahr 2010 Steuereinnahmen in Höhe von 29,9 Mio. €, fast drei Millionen Euro weniger als 2009.

#### Gewerbsteuer

Den größten Teil der Steuereinnahmen wird wiederum die Gewerbesteuer aufbringen. Hier rechnen wir mit 13 Millionen Euro, das sind eine Millionen weniger als 2009; die Orientierungsdaten wurden dabei nicht ausgeschöpft.

#### Einkommensteuer

Die zweite bedeutende kommunale Einnahmeposition ist die Einkommensteuer. In ihr drückt sich (ebenso wie in der Kreisumlage) aus, welche Auswirkungen die aktuelle wirtschaftliche Situation auf den Arbeitsmarkt hat. Nach der aktuellen Steuerschätzung vom November 2009 und dem Orientierungsdatenerlass wird

der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ebenfalls drastisch einbrechen. Die Verwaltung geht im kommenden Jahr von Einkommensteueranteilen in Höhe von 9,7 Mio. € aus. Dies ist ein Rückgang gegenüber dem Haushaltsansatz des Jahres 2009 um fast 18 %.

Gegenüber der ursprünglichen Planung für 2010 bleibt festzustellen, dass wir mit rund drei Millionen an Einkommensteuer und einer Million Euro an Gewerbesteuer weniger auskommen müssen.

### **Schlüsselzuweisungen**

Die Höhe der den Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zufließenden Schlüsselzuweisungen ist abhängig von der Einnahmesituation des Landes und der eigenen Steuerkraft der Stadt. Die hohen Steuermindereinnahmen des Landes im laufenden Jahr 2009 treffen systembedingt die Kommunen im kommunalen Finanzausgleich mit einem Jahr Verzögerung. Schlüsselzuweisungen des Landes wird die Stadt wegen ihrer hohen Steuerkraft (aufgrund einer Gewerbesteuereinmalzahlung im Jahr 2009) bis 2011 nicht erhalten.

### **Aufwendungen**

Der Haushalt der Stadt bleibt fast zur Hälfte ein Transferhaushalt. Gegenüber 2009 sinken die Aufwendungen zwar insgesamt um 1 Million Euro. Auf die Kreisumlage entfallen jedoch gegenüber der bisherigen Planung Mehraufwendungen in Höhe von 1, 2 Mio. €

Große Ausgabeblocke bei den Transferaufwendungen bilden der für 2010 einmalige, 50-prozentige Anstieg der Ausgaben für SGB II sowie die Beteiligung am Solidarpakt Ost und der Krankenhausfinanzierung mit insgesamt knapp 1,5 Mio. €.

### **Personalaufwendungen**

9,7 Millionen € werden für das aktive Personal benötigt, eine moderate Steigerung um 1% gegenüber 2009. Der Stellenplan weist für 2010 gegenüber dem Vorjahr jeweils eine Stelle weniger im Beamtenbereich und im Tarifbereich sowie zwei Stellen mehr im Sozial- und Erziehungsdienst aus.

## Sach- und Dienstleistungen

Gegenüber 2009 sinken die Aufwendungen in dieser Kontengruppe erfreulicherweise um 252 T €. Steigerungen gibt es in diesem Bereich aufgrund besonderer einmaliger Maßnahmen für die Gebäudeunterhaltung (+23%) und bei den Aufwendungen für Schülerbeförderung (+5%).

## Investive Maßnahmen

Das Investitionsvolumen liegt 2010 bei 9,3 Millionen €. Gegenüber der bisherigen Planung für 2010 entstehen Mehrauszahlungen von rund 2,6 Millionen €.

Die wichtigsten Maßnahmen:

Maßnahme	Kosten in Mio. €
städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Alt-Wetter (einschließlich Umbau untere Kaiserstraße)	1,6
Straßenbau	0,80
Waldstadion	0,83 (davon 120 T € aus Konjunkturmitteln gegenfinanziert)
Feuerwehr	0,7
Ruhrmauer	0,5
Investitionen im Rahmen des Konjunkturpaketes II (energetische Sanierung Schulen / Hallen)	1,5

Tab. 1: Geplante Investive Maßnahmen 2010, Stadt Wetter (Ruhr) Auszug.

## Stand der Schulden

Die Stadt Wetter (Ruhr) hat nach derzeitigem Stand zum Ende des Jahres 2009 Kreditverpflichtungen (Investitionskredite) in Höhe von 27,6 Mio. €. Unsere Pro-Kopf-Verschuldung - mit Stadtbetrieb und mit Liquiditätskrediten – liegt derzeit bei 2.770 Euro.

### III

## Die Haushaltsberatung

Meine Damen und Herren,

in den nun anstehenden Haushaltsberatungen wird es bei der Analyse unserer Haushaltssituation – wie immer – auch darum gehen, inwieweit unsere Haushaltssituation selbst verschuldet ist.

Ich denke, ich konnte ihnen deutlich machen, dass die „Dynamik der Dramatik“, wenn ich es etwas gestelzt formulieren darf, der aktuellen Krise geschuldet ist. Denn Verschlechterungen gegenüber der bisherigen Planung sind größtenteils auf Mindererträge im Steuerbereich zurückzuführen, wobei – und hier klappt eine weitere Falle auf – bundespolitisch angekündigte Steuersenkungen noch nicht berücksichtigt sind. Der Ennepe-Ruhr-Kreis rechnet damit, dass mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz für den Kreis und seine Städte weitere Mehrbelastungen von rund sieben Millionen Euro verbunden sind. Damit wird das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ein Krisenbeschleuniger für die Kommunen.

Die aktuelle Krise erklärt einen Teil der Situation; die anhaltende unzureichende Gemeindefinanzierung mit dem fröhlichen Abwälzen von Aufgaben und Lasten nach unten den zweiten Teil.

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass sicherlich nicht alles innerhalb unserer kommunalen Selbstverwaltung getan wurde, um unsere finanzielle Situation zu verbessern. Weder auf der Einnahmen - noch auf der Ausgabenseite. Und hier sollten sich alle politischen Entscheidungsträger in die Pflicht nehmen. Ich darf daran erinnern, dass im Kommunalwahlkampf von keiner Fraktion Zumutungen beim Namen genannt worden sind. Das Thema Haushaltskonsolidierung verfiel im Wahlkampf urplötzlich ins Allgemeine, obwohl es zuvor und danach wieder etwas ganz Besonderes war. Und auch in den vergangenen Haushaltsberatungen ist das strukturelle Defizit bestenfalls mit spitzen Fingern angefasst worden.

Ich kann dies nachvollziehen, denn wir alle, das komplette kommunale Gemeinwesen, haben Beißhemmung. Die alte volkswirtschaftliche Weisheit, dass die öf-

fentliche Hand in guten Zeiten sparen soll, um in schlechten als Auftraggeber parat zu stehen, wird immer wieder missachtet.

Mir fällt auch keine Kommune ein, - auch Wetter (Ruhr) gehört nicht dazu - die in Zeiten brummender Wirtschaft ihre Leistungen verschlankt, Schulden abbaut und Vermögen auf die hohe Kante legt.

Warum ist das eigentlich so? Weil es in der Natur der Sache liegt. Erstens beschäftigt sich Kommunalpolitik mit dem Leben. Jeder Zuschuss landet direkt beim Bürger vor Ort, aber auch jeder Einschnitt. Zweitens: Die Bereitschaft der Wähler denjenigen zu wählen, der am wenigsten teure Wohltaten verspricht, ist gering. Denn drittens: Die Bereitschaft zu Sparen wird vom Bürger hoch geschätzt. Nur jede einzelne Sparmaßnahme stößt auf Ablehnung. Und was der Bürger nicht will, möchte auch die Politik nicht durchsetzen. Denn jeder Einschnitt kann spätestens an der Wahlurne sanktioniert werden. So dreht sich alles im Kreis und um den heißen Brei herum und eine echte Spardiskussion kommt nicht auf.

Selbstverständlich ist es zutreffend, dass auch in den vergangenen Jahren einzelne Sparvorschläge aus den Fraktionen gekommen sind. Letztlich fanden Sparvorschläge in den Fachausschüssen oder spätestens im Rat keine Mehrheiten und dafür gab es auch immer gute Begründungen.

Ich bitte Sie deshalb, darüber nachzudenken, ob uns diese Arbeitsweise wirklich weiterführt. Ich denke, wir müssen weg von dem Prozedere, dass eine Fraktion im stillen Kämmerlein einzelne Einsparungen ausbrütet, zur Abstimmung stellt und wartet was passiert. Wir müssen dahin kommen, dass die Fraktionen mehr miteinander reden, im Vorfeld Maßnahmen besprechen, ausloten, was geht, mehr bemüht sind, Konsens zu finden und breite Mehrheiten zu organisieren. Das Ergebnis der Kommunalwahl fordert die Fraktionen dazu geradezu auf. Die Kommunalwahl hat gezeigt, dass die Mehrheit der Wetteranerinnen und Wetteraner grundsätzlich einverstanden ist mit der Politik der letzten Jahre. Die Wählerinnen und Wähler haben den Rat bunt gemacht und erwarten nun nicht, dass sich sechs Fraktionen Beinchen stellen, sondern vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt.

Wir haben mit dem NKF, mit dem Bericht der GPA, mit den Erläuterungsberichten der Kommunalaufsicht zum Haushalt eigentlich alle Instrumente, die wir brauchen. Es fehlt nicht an Wissen, sondern an der Bereitschaft zu Einschnitten.

Die Dinge werden nicht besser, obwohl der Aufwand immer größer wird. Wir verplempern kostbare Arbeitszeit auf Nebenkriegsschauplätzen, wir kommen nicht mehr zur Sache. Wir müssen uns der notwendigen Infrastrukturanpassung endlich stellen – und die Spardiskussion muss deshalb wieder in der Mitte der Gesellschaft, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern geführt werden, mit der Kraft der Argumente. Ohne über die Verwaltung oder einzelne Fraktionen herzufallen. Ich führe diese Diskussion zusammen mit der Verwaltung im Januar auch diesmal wieder in Bürgerveranstaltungen zum Haushalt. Aber lassen auch Sie, die Fraktionen des Rates nicht nach, diesen Weg zu gehen. Den Bürgern zu erklären, was die anderen alles verzapft haben, sind leichte Punkte, ist das Bedienen von Einzelinteressen. Den Bürgern aber zu erklären, was nicht geht, warum das nicht geht, was aber am Ende - auch Positives - dabei herauskommen kann, das ist die Arbeit am Gemeinwohl. Und genau das ist unser Job.

Grundsätzlich können wir uns nun zwischen drei Alternativen entscheiden:

**1.**

Wir stecken den Kopf in den Sand, warten auf den Sparkommissar und überlassen unseren nachfolgenden Generationen einen Scherbenhaufen. Ich glaube sagen zu dürfen, dass in diesem Saal niemand ernsthaft über diese Alternative nachdenkt.

**2.**

Wir sparen mit vollem Elan gegen die jetzigen Fehlbeträge an. Schnell werden wir bei diesem Vorschlag feststellen, dass wir selbst bei Streichung sämtlicher Einrichtungen und freiwilliger Aufgaben das Klassenziel nicht erreichen können. Und wie wird unsere Stadt nach einem solchen Streichkonzert aussehen?

Ist unser Wetter (Ruhr) dann noch erlebenswert und attraktiv genug, um im Wettbewerb der Regionen bestehen zu können? Die Antwort darauf hat vier Buchstaben.

### 3.

Wir denken um. Bei der Analyse unserer Situation können wir in konjunkturell bedingte Defizite und strukturell bedingte Defizite unterscheiden. Keine Frage, die Gemeindeordnung differenziert leider nicht zwischen einem konjunkturellen und einem strukturellen Fehlbedarf. Ein Fehlbedarf ist nach der Gemeindeordnung ein Fehlbedarf und durch geeignete Maßnahmen zu eliminieren, ansonsten droht das Nothaushaltsrecht. Das ist zum Heulen, aber wir können es nicht ändern.

Das strukturelle Defizit bleibt aber der Hebel, an dem wir ansetzen können, wenn wir unseren Teil zur Konsolidierung wirklich leisten wollen. Wenn wir das ernsthaft angehen wollen, müssen wir uns von dem Mantra des kommunalen Wachstums lösen. Wir können nicht mehr alle Interessengruppen und alle Ortsteile gleichermaßen bedienen, wir können nicht mehr Leerstand in Gebäuden oder überflüssige Ampeln finanzieren; wir müssen viel klarer als bisher Prioritäten setzen, wir müssen einen Plan haben, der an einer schrumpfenden Bevölkerung ausgerichtet ist und Qualität statt Quantität unserer sozialen und technischen Infrastruktur und Dienstleistungen in den Vordergrund rückt. Konsolidieren kann dabei auch Mittel sein, um ausdrücklich gewollte Ziele zu erreichen: Die Spielplätze sind dafür ein gutes Beispiel. Wir brauchen in Zukunft angesichts weniger Kinder nicht mehr alle Spielplätze, aber die, die wir haben, sollen topp sein. Hier drücken sich auch kommunale Verantwortung und Gestaltungswillen aus. Wir sparen nicht planlos und sparen nicht kaputt, sondern zielgerichtet und bedarfsorientiert.

Die Schullandschaft ist ein zweites gutes Beispiel: Wir müssen was tun, das zeigen Demografie und Schulwahlverhalten. Jetzt können wir noch gestalten, irgendwann tun das sonst andere für uns. Wenn wir die Hände in den Schoß legen, stehen wir irgendwann vor leeren Klassen und sehen zu, wie die Eltern ihre Kinder in die Schulen anderer Städte bringen.

Wirtschaftlichkeit und Effizienz werden gerade in Zeiten der Krise unverzichtbarer. Innerhalb der permanenten verwaltungsinternen Kritik und auf Grundlage des GPA-Berichtes sind wir in eine neue interkommunale Zusammenarbeit mit

Gevelsberg eingestiegen, Modellprojekte im Bereich der Reinigung und der Sachkosten werden folgen.

Im schärfer werdenden Wettstreit der Kommunen nimmt auch die Bedeutung der wirtschaftlichen Qualität des Standortes Wetter (Ruhr) zu. Das Gewerbegebiet Am Stork macht Sinn, weil es unseren Unternehmen Perspektiven bietet, am Ort hält und Arbeitsplätze schafft. Es ist darüber hinaus wirtschaftlich, die Wirtschaftlichkeitsberechnung der Verwaltung macht das deutlich. Es ist übrigens das einzig seriös gerechnete Papier. Alle, die die Sinnhaftigkeit des Gewerbegebietes in Abrede stellen, haben für ihre Behauptung entweder gar keinen Nachweis erbracht oder ihre Berechnungen sind schlicht gesetzeswidrig. Ich erinnere an die Diskussion im Rechnungsprüfungsausschuss.

Wirtschaftlichkeit und Qualität lassen sich sogar im schwierigen Feld der Kinder- und Jugendhilfe vereinbaren. Mit einer verstärkten Prävention wollen wir Kindern und Jugendlichen frühzeitig bedarfsgerecht helfen, bevor die Kostenspirale in Gang gesetzt wird.

Im Verlauf der Haushaltsberatungen müssen wir klare Prioritäten setzen. Gerade vor einem drohenden Nothaushalt ist eine klare Prioritätenliste Pflicht. Was machen wir wann, was machen wir überhaupt? Das werden die wichtigsten Fragen in den nächsten Wochen sein. Für mich gilt, dass die Entwicklung der Innenstadt, das Zuendeführen der wichtigen und erfolgreichen Maßnahme, ganz oben auf der Liste steht.

Meine Damen und Herren,

ich habe in meiner Haushaltsrede auf jegliche Schuldzuweisungen und politische Attacken verzichtet. Ich habe zudem wie sonst üblich darauf verzichtet, die vielen positiven Dinge zu benennen, die in unserer Stadt - vor allem im Bereich der Stadtentwicklung - in Gang gesetzt und umgesetzt worden sind.

Das Jahr 2010 wird für sich sprechen: Wir werden ein neues Einkaufszentrum mit 160 Arbeitsplätzen haben, wir werden eine neue Ruhrbrücke haben, wir werden ein neues Seeufer haben - und wir sind Kulturhauptstadt !

Stattdessen habe ich versucht, Sie, den neuen Rat der Stadt für eine neues Denken und Handeln zu begeistern, bei denen Kritik, Selbstkritik, die Orientierung an Qualität statt Wachstum, klare Zielsetzung und klare Prioritäten – kurz Konsolidieren und Gestalten nach festem Plan - Maß unserer Arbeit sein sollen.

Denn es geht nicht ohne den Rat, ohne Mehrheiten, es geht nicht ohne die Verwaltung und nicht ohne die Bürger. Aber gemeinsam geht es.

In diesem Sinne wünsche ich uns eine erfolgreiche Haushaltsberatung und Danke sehr fürs Zuhören.

Glück Auf !